

## Heute im Lokalen

### Ravensburg

Rudi Roesch hat ein Haus gebaut, das sich selbst mit Strom versorgt. „Die Unabhängigkeit gibt uns ein beruhigendes Gefühl“, sagt die Frau.

### Weingarten

Eine unliebsame Entdeckung hat es bei einer Schadstoffuntersuchung auf dem Marienfriedhof gegeben. Das Betriebsgebäude ist asbestverseucht.

### Gemeinden

Raimund Haser, der CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Allgäu, sieht Nachholbedarf bei der Gemeinschaftsschule.

### Lokalsport

Für den SV Kehlen und die U23 des FV Ravensburg II ist das Aufeinandertreffen am Samstag von großer Bedeutung.

## Polizei nimmt 27-Jährigen in Gewahrsam

RAVENSBURG (sz) - Zu einer randalierenden Menschengruppe ist die Polizei am Mittwochabend gegen 20.45 Uhr zum Bahnhofplatz Ravensburg gerufen worden. Mehrere Personen warfen Flaschen und grölten herum, wie die Polizei berichtet. Ein 27-jähriger Mann aus der Gruppe verhielt sich aggressiv, sodass die Beamten ihm einen Platzverweis aussprachen. Diesem kam er nur widerwillig nach. Kurze Zeit später kam der junge Mann jedoch wieder zurück und schlug einem 21-jährigen Mann mit der Hand ins Gesicht. Daraufhin wurde der 27-Jährige in Gewahrsam genommen. Hierbei konnten bei ihm Rauschgiftutensilien und mehrere Gramm einer rauschgiftverdächtige Substanz gefunden werden. Während der Maßnahmen verhielt sich der 27-Jährige äußerst aggressiv und beleidigend gegenüber den Polizeibeamten.

## Eine Verletzte nach Auffahrunfall auf der B 33

RAVENSBURG (sz) - Eine leicht verletzte Frau und ein Sachschaden von rund 10 000 Euro ist die Bilanz eines Auffahrunfalls am Mittwoch gegen 14.45 Uhr auf der B 33, so die Polizei. Wegen Arbeiten an der Hotterlochbrücke kam es zu einem hohen Verkehrsaufkommen mit zählfließendem Verkehr. Eine 50-jährige Renault-Fahrerin musste deshalb ihr Fahrzeug vor der Baustelle abbremsen. Eine nachfolgende 23-jährige Mazda-Fahrerin prallte vermutlich aufgrund von Unachtsamkeit gegen das Heck des Renault.

Durch den Aufprall wurde die 50-jährige Frau leicht verletzt. Beide Fahrzeuge waren nicht mehr fahrbereit und mussten von einem Abschleppunternehmen abtransportiert werden.

### Vernetzt

facebook.com/schwaebische.oberschwaben

### WhatsApp

schwaebische.de/whatsapp

### So erreichen Sie uns

Redaktion  
Telefax 0751/2955 99 2249  
E-Mail Redaktion  
redaktion.ravensburg@schwaebische.de  
E-Mail Redaktion Lokalsport  
redaktion.sport.ravensburg@schwaebische.de  
Anzeigenservice  
Telefon 0751/2955-5615  
Aboservice  
Telefon 0751/29 555 555  
schwaebische.de



Der neue Streckenabschnitt beginnt am Gewerbegebiet Karrer und endet zwischen Untereschach und Senglingen.

FOTO: JAN SCHARPENBERG

## Erste Autos rollen über die B 30

RAVENSBURG (sz) - Der erste Bauabschnitt der B 30 Süd bei Ravensburg ist gestern für den Verkehr freigegeben worden. Die ersten Autos konnten den aktuell neuen Streckenabschnitt zwischen dem Kreisverkehr Lachen am Gewerbegebiet Karrer und dem Anschluss der B 30neu an die bestehende Bundesstraße zwischen Untereschach und Senglingen befahren. Die komplette 5,5 Kilometer lange Strecke zwischen Weißenu und Untereschach wird erst Ende 2019 fertiggestellt. Die Kosten für das gesamte Straßenbauprojekt betragen voraussichtlich rund 80 Millionen Euro. In unserem Video unter [www.schwaebische.de/B30Eröffnung](http://www.schwaebische.de/B30Eröffnung) nimmt Projektleiter Joachim Rosinski Stellung zu den Verzögerungen der Bauarbeiten.

# Kreis mit Ärzten überversorgt – zumindest rechnerisch

## Laut Sozialministerium und Kassenärztlichen Vereinigungen kein Ärztemangel in Ravensburg und Umgebung

Von Annette Vincenz

RAVENSBURG - Alle reden vom Ärztemangel im ländlichen Raum, der immer schlimmer zu werden scheint. Viele Patienten in Ravensburg haben schon einmal die leidvolle Erfahrung gemacht, auf einen Facharzttermin – zum Beispiel beim Hautarzt – monatelang warten zu müssen. Eine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Raimund Haser (Wangen) und August Schuler (Ravensburg) brachte jetzt aber Erstaunliches zutage: Demnach ist der Kreis Ravensburg mit Ärzten nicht unter-, sondern überversorgt.

Das baden-württembergische Sozialministerium hat die Entwicklung der medizinischen Versorgung in den vergangenen zehn Jahren auf Basis von Angaben der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen ausgewertet. Demnach praktizierten im Kreis Ravensburg 2018 insgesamt 73 Ärzte mehr und acht Zahnärzte mehr als 2008. Vor allem die Zahl der Psychotherapeuten nahm um 23 auf 94 zu, aber es gibt auch beispielsweise mehr Internisten, Orthopäden und Radiologen als noch vor zehn Jahren. Auch die Anzahl der Zahnärzte stieg im betreffenden Zeitraum um 4,5 Prozent.

Ein leichter Rückgang (jeweils minus 1) war lediglich bei Augen- und Kinderärzten zu verzeichnen.

Die kassenärztliche Vereinigung berechnet auf Basis der Bevölkerungszahl auch einen Versorgungsgrad in Prozent. Bei den Hausärzten beträgt dieser 107,2 Prozent, bei Augenärzten 114,4, bei Chirurgen 138,3, bei Frauenärzten 113,5, bei HNO-Ärzten 123,9, bei Hautärzten 129,3, bei Kinderärzten 177,0, bei Nervenärzten 152,4, bei Orthopäden 156,2, bei Psychotherapeuten 152,7, bei

Urologen 121,4, bei Anästhesisten 124,2, bei Internisten (fachärztlich tätig) 189,0, bei Kinder- und Jugendpsychiatern 100,0 und bei Radiologen 110,3 Prozent. Dementsprechend gibt es auch bei allen Medizinergruppen mit Ausnahme der Hausärzte sowie Kinder- und Jugendpsychiater Zulassungsbeschränkungen. Das heißt: Es dürfen aufgebene Praxen übernommen, aber keine zusätzlichen gegründet werden. Bei Zahnärzten und Kieferorthopäden bestehen aktuell trotz Überversor-

gung von 112,6 Prozent (Zahnärzte) und 127 Prozent (Kieferorthopäden) keine Zulassungsbeschränkungen.

Jetzt ist die Gesamtzahl der Ärzte das eine, deren Verteilung auf urbanen und ländlichen Raum innerhalb des Kreises Ravensburg aber das andere. Zwar werden die Statistiken nicht auf die Gemeinde-Ebene heruntergebrochen, bis zum nächsten Hausarzt sei es von jedem Ort im Kreis Ravensburg allerdings höchstens zehn Kilometer weit. Fachärzte seien in höchstens 25 Kilometern zu erreichen, behauptet das Ministerium. „Die flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung ist somit aus Sicht der Landesregierung gewährleistet“, heißt es in der Stellungnahme abschließend.

„Das mag auf dem Papier stimmen, die Wirklichkeit sieht aber anders aus“, meint CDU-MdL Raimund Haser. Vor allem in seinem Wahlkreis Wangen gebe es teils extrem lange Wartezeiten für einen Besuch beim Facharzt. „Das Leben passt nicht in eine Excel-Tabelle.“ Er meint, dass die Diskrepanz zwischen statistischer Überversorgung und subjektiver Unterversorgung unter anderem daher rührt, dass die Zuschnitte zu groß sind. Wenn ein Isnyer mit Hautproblemen entwe-

der zu einer überfüllten Dermatologienpraxis nach Wangen oder zu einem weit entfernten Hautarzt in Ravensburg fahren könne, sei er rein statistisch zwar versorgt, tatsächlich aber arm dran. Zudem würden viele Arztstühle nicht hundertprozentig ausgefüllt, zum Beispiel von Müttern oder Vätern in der Familienphase.

Haser drängt daher auf eine Systemänderung und hat darüber auch schon mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (ebenfalls CDU) diskutiert. Das von Spahn angekündigte „Terminservice- und Versorgungsgesetz“ sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber längst nicht genug. „Das Problem ist nicht die Abstimmung der Termine, sondern eine Unterversorgung.“ Entweder müsste es zu einer Ausweitung der Arztstellen kommen, oder die beschränkenden Budgets sollten wegfallen. Letztere führen dazu, dass Ärzte keinen finanziellen Anreiz mehr haben, neue Kassenspatienten aufzunehmen, wenn ihre Budgets erschöpft sind. Langfristig sei der Ärztemangel kein Problem des ländlichen Raums, sondern werde auch in den Städten ankommen. „In den Städten wohnen mehr Menschen, die auch mehr Ärzte brauchen.“



Vorsorgeuntersuchung beim Hautarzt: Unter anderem durch das Hautkrebscreening ist das Patientenaufkommen gestiegen.

FOTO: DPA

## Appell für günstiges Wohnen

Noch ist unklar, wer das Projekt Angerstraße realisiert

Von Benjamin Wagener

RAVENSBURG - Die Landesbaugenossenschaft Württemberg hat die Kommunen im Südwesten aufgefordert, städtische Grundstücke für den Wohnungsbau nicht an private Bauherren, sondern an genossenschaftlich organisierte Wohnbauunternehmen zu verkaufen. Dazu könnte auch das Grundstück an der Angerstraße in der Ravensburger Weststadt gehören: Dort sollen nach dem Willen der Stadt 50 bis 60 Wohneinheiten entstehen – davon etwa ein Drittel Sozialwohnungen.

„Kommunen dürfen ihren Grund nicht immer an den Höchstbietenden verkaufen“, sagt der geschäftsführende Vorstand Josef Vogel der „Schwäbischen Zeitung“ und weist darauf, dass seine Genossenschaft sich zur Schaffung von günstigem Wohnraum verpflichtet hat. „Bezahlbares Wohnen, das muss jemand bezahlen, also muss jemand auf etwas verzichten“, erläutert Vogel. „Wir verzichten auf einen Teil des Gewinns, weil für uns Wohnraum ein besonderes Gut ist.“

Ob die Stadt das rund 4500 Quadratmeter große Grundstück, das direkt neben dem katholischen Ge-

meindehaus Dreifaltigkeit liegt, an einen privaten Wohnbauträger oder an ein genossenschaftliches Unternehmen verkauft, ist noch unklar. „Es ist bis zum jetzigen Zeitpunkt noch vollkommen offen, von wem die notwendigen Wohnungen gebaut werden“, sagt Ravensburgs Baubürgermeister Dirk Bastin. Genau das könnten aber entscheidend sein für die Frage, wie hoch die Mieten in den an der Angerstraße entstehenden Wohnungen sein werden. Schließlich werden zwei Drittel der Einheiten keine Sozialwohnungen sein. Sollte der künftige Käufer die freien Wohnungen dann selbstständig vermarkten, würde es einen Unterschied machen, ob ein privater Träger oder eine Genossenschaft zum Zug kommt. Sprich: Bei einer Baugenossenschaft mit ähnlichen Statuten wie die der Landesbaugenossenschaft wäre der Mietzins wohl wesentlich niedriger.

Genauere Pläne gibt es nach Angaben Bastins aber noch nicht. Im Moment erarbeite die Stadt für das Projekt eine Machbarkeitsstudie, es folge eine Bürgerinformation. „Erst dann wird die Verwaltung der Politik einen Vorschlag machen, wie am sinnvollsten weiter verfahren werden sollte“, sagte Bastin. SEITE 8

## „Gemeinderat ist Stimme der Vernunft gefolgt“

Verein „Haus und Grund“ begrüßt Entscheidung gegen eine Baumschutzsatzung

RAVENSBURG (sz/fh) - Die Entscheidung des Ravensburger Gemeinderates gegen eine Baumschutzsatzung hat der Verein „Haus und Grund“ begrüßt. Die Mehrheit der Orts- und Gemeinderäte sei der „Stimme der Vernunft“ gefolgt, schreibt Vorsitzender Friedrich Utz in einer Presseerklärung.

Utz weiter: „Seit Jahrzehnten stellt sich Haus und Grund Ravensburg entschieden gegen Versuche obrigkeitlicher Eingriffe in das Privateigentum seiner Mitglieder.“ Mit

„teils völlig falschen Behauptungen“ werden den Grundstückseigentümern pauschal naturfeindliche Rodungen unterstellt. Verschwiegen werde aber die Tatsache, dass „die Betroffenen mit großem finanziellem Engagement im Schweiße ihres Angesichts die unzähligen Bäume in ihren Gärten pflegen und hegen“. Dazu würden auf „eigene Kosten im Winter noch Tausende Singvögel liebevoll durchgefüttert“.

Diese Bürger wegen „weniger willkürlich gefällter Bäume unter

Generalverdacht und behördliche Aufsicht zu stellen“, sei maßlos überzogen, sagt Utz. „Wenn die Stadt schon in die Eigentumsrechte ihrer unbescholtenen Bürger eingreifen will, soll sie konsequent auch die Kosten der Pflege und Aufzucht der durch die Satzung betroffenen Bäume übernehmen.“

### Baumschutz: Stadt berät Bürger

Zwei Anträge der „Bürger für Ravensburg“ im Zusammenhang mit der Abstimmung über eine Baumschutzsatzung haben im Gemeinderat mehrheitlich eine Zustimmung erhalten. Zwar wurde die von der Fraktion angestrebte Baumschutzsatzung abgelehnt. Angenommen wurde aber, dass künftig auch Privatpersonen bei der Stadt in Fragen bezüglich alter Bäume und einer drohenden Fällung Beratung finden können. Außerdem stellt die Stadt ein Grundstück zur Verfügung, auf dem neue Bäume als Ersatz für gefällte gepflanzt werden sollen. (bua)



Wer in seinem Garten welche Bäume fällt, bleibt in Ravensburg jedem selbst überlassen.

FOTO: HOLGER HOLLEMAN/DPA